

# ANZEIGER

## OBERFREIAMT



Weitere Orientierung zur Umfahrung Sins vor der Gemeindeversammlung

## Ein Projekt mit hohem Nutzen

Der Gemeinderat will die Investitionen für den Bau der Umfahrung nicht mit einer Steuerfusserhöhung verknüpfen. Ausschliessen kann er einen solchen Schritt zu einem späteren Zeitpunkt aber nicht.

Am 19. September entscheidet die ausserordentliche Gemeindeversammlung in Sins über den Kredit von 9,8 Millionen Franken für die Südwestumfahrung. Am Mittwochabend fand nochmals eine Orientierung dazu statt. Nebst den Gemeideratsvertretern Josef Huwiler, Andrea Moll und Andreas Villiger setzte sich auch Baudirektor Peter Beyeler mit viel Herzblut für das Bauvorhaben mit Gesamtkosten von 88,3 Millionen Franken ein. «Ich würde zustimmen», sagte er am Schluss. Er sei überzeugt, dass Sins massiv von der Umfahrung profitieren werde, als Standort, als regionales Zentrum, als Wohn- und Lebensraum.

### Steuererhöhung möglich

Trotz der massiven finanziellen Belastung komme es nicht in Frage, dass die Gemeinde auf andere notwendige Projekte verzichte, hielt Andrea Moll fest. Sorgen bereitet der Ressortchefin Finanzen vor allem der Einbruch der Unternehmenssteuern – sie machen rund einen Fünftel des Steueraufkommens aus – um weit mehr als eine Million Franken. «Aus heutiger Sicht ist eine Steuerfusserhöhung denkbar», sagte sie. Der Gemeinderat lehne es aber ab, den Kredit für die Umfahrung an eine Steuerfusserhöhung zu koppeln. Sie begründete es so: «Die Amortisationen

fallen frühestens ab 2018 oder 2019 an. Aus heutiger Sicht können wir nicht beurteilen, wie die Gemeinde in sechs Jahren finanziell dastehen wird.»

Der Gemeinderat befasse sich intensiv mit der aktuellen und künftigen Situation. Zusammen mit der Finanzkommission und dem kantonalen Gemeindeinspektor habe man eine Lagebeurteilung vorgenommen. «Wir haben die Perspektiven für einen Zeitraum von zehn statt der üblichen fünf Jahre betrachtet.» Dabei habe sich gezeigt, dass Sins auf mittlere Sicht gesehen wieder Beiträge aus dem Finanzausgleich erhalten werde.

### 11 statt 49 Prozent

Auch Regierungsrat Peter Beyeler thematisierte die Finanzen, und zwar die Kostenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinde. «Das gibt bei jedem Projekt Anlass zu Kontroversen», stellte er fest. Der Gemeindeanteil hänge unter anderem davon ab, ob es sich um eine Innerorts- oder eine Ausserorts-

strasse handle. Für Sins treffe ersteres zu. Laut Dekret müsste die Gemeinde 49 Prozent der Gesamtkosten übernehmen. «Das ist natürlich unrealistisch.» Das Gesetz sehe deshalb vor, dass der Ansatz bei einer übermässigen Belastung reduziert werden kann. Die 9,8 Millionen Franken seien für die Gemeinde zwar ein grosser Betrag, räumte er ein, gemessen an den Gesamtkosten aber moderat. Mit einer Kostenbeteiligung von 11 Prozent kommt Sins gut davon, wie Beyeler in einem Vergleich mit andern Umfahrungen aufzeigte.

### Kein Nein zum Nulltarif

Andreas Villiger machte darauf aufmerksam, dass bei einer Ablehnung des Kredits Innerortsmassnahmen im Umfang von rund 2,5 Millionen Franken anfallen würden. Auch aus diesem Grund stehe der Gemeinderat klar hinter der Umfahrung. «Zum Nulltarif kann man nicht nein sagen», doppelte Beyeler nach. «Strassen mit mehr als

**bründler**  
Küchen Schränke Möbel Türen  
**Besuchen Sie unsere Ausstellung**  
[www.schreinerei-bruendler.ch](http://www.schreinerei-bruendler.ch)

15'000 Fahrzeugen pro Tag müssen verkehrs- und siedlungstauglich gestaltet werden. Das ist behördenvorbindlich im Richtplan festgelegt.»

Wie er ergänzte, könnte der grosse Rat bei einer Ablehnung des Gemeindebeitrags theoretisch den Kantonskredit trotzdem bewilligen und die Umfahrung so verfügen. «Persönlich glaube ich eher, dass er die 88 Millionen Franken in andere Projekte investieren würde, wenn die Gemeinde nicht will.»

### Lebhafte Fragerunde

Die Möglichkeit zur Diskussion wurde rege genutzt. Darunter waren viele Detailfragen von Anwohnern, die sich im Stadium des Generellen Projekts noch nicht beantworten liessen. Wiederholte wurde angeregt, im Zusammenhang mit den Bauarbeiten und der laufenden Revision der Nutzungsplanung die Sportplätze zu verlegen. Laut Gemeindeammann Josef Huwiler wurde dieses Thema geprüft, es habe sich aber keine gute Lösung abzeichnet.

Heinz Abegglen



Stellten sich den Fragen aus dem Publikum: Regierungsrat Peter Beyeler, Gemeinderätin Andrea Moll und Gemeindeammann Josef Huwiler (von links).

Bild: Heinz Abegglen

# www.design-shopping.ch

Der Onlineshop für gutes Design.

AN 19311\*